



Aktenzeichen: Pet 2-20-18-274-008157

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 14.03.2024 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen teilweise entsprochen wird.

Begründung

Mit der Petition wird zur Prävention als auch zur Milderung der akuten klimatisch verursachten Probleme in der Landwirtschaft gefordert, die nötigen gesetzlichen Grundlagen und technischen Einrichtungen zu schaffen, um lokale bzw. regionale Wasserüberschüsse für andere Regionen nutzbar zu machen.

Zur Begründung dieses Anliegens erklärt der Petent, immer häufiger komme es zu lokalen Starkregen-Ereignissen, wobei jedoch im Allgemeinen die Niederschlagsmengen sinken würden. Wasser aus Unwettern werde meist ungenutzt durch Flüsse abgeleitet. Durch neu zu errichtende bzw. vorhandene Rohre oder anderweitige Systeme könnten Wassermengen, die über einen zuvor zu bestimmenden Schwellenwert lägen, abgeleitet werden.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Eingabe verwiesen, die auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht wurde, dort 62 Unterstützer fand und in 17 Beiträgen diskutiert wurde.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich unter Berücksichtigung einer zu der Eingabe erbetenen Stellungnahme des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) wie folgt dar: Seit den Dürreereignissen in den Sommermonaten 2018, 2019 und 2020 sind das Wasserdargebot, die Wassernutzungen und die möglichen Zielkonflikte um die Ressource Wasser auch in Deutschland stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gerückt.



Aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen, insbesondere der Auswirkungen der Klimakrise auf die Quantität und auch die Qualität des Wassers, wird es zukünftig dringend notwendig sein, sektorenübergreifende, gemeinsame Lösungsansätze zu entwickeln, um mittel- und langfristig Nutzungskonkurrenzen und Zielkonflikten um Wasserressourcen vorzubeugen. Ein möglichst naturnaher, regionaler Wasserhaushalt wird eine wichtige Voraussetzung für ein stabiles Wasserdargebot und für die Sicherung der ökologischen Belange sein.

Der Wasserhaushalt umfasst Niederschlag, Verdunstung, Speicherung und Abfluss. Der Bodenzustand und die Grundwasserneubildung spielen dabei eine wichtige Rolle. Der Wasserhaushalt in naturnaher Ausprägung gewährleistet, dass die Böden, Feuchtgebiete und Gewässer auch in länger anhaltenden Trockenperioden ausreichend Wasser enthalten bzw. führen. Er wird durch die Landnutzung und die Nutzung der Wasserressourcen, z. B. durch Wasserentnahmen, Gewässerausbau oder durch Hochwasserschutzmaßnahmen wie Deiche sowie durch die Entwässerung von mineralischen Böden und Moorböden (z. B. durch Drainagen oder Entwässerungsgräben) sowie nicht standortangepasste Bewirtschaftung stark beeinflusst und verändert. Diese Entwicklungen beeinträchtigen auch die Fähigkeit des Bodens sowie wasserabhängiger Ökosysteme und Gewässer, Treibhausgase zu speichern bzw. begünstigen deren Freisetzung.

Zusätzlich wirkt sich die Klimakrise auf den Wasserhaushalt aus und führt zu Veränderungen von Niederschlag, Verdunstung, Speicherung und Abfluss. Die Ausprägung der Folgen der Klimakrise ist regional sehr unterschiedlich, z. B. hinsichtlich des Grundwasserdargebots. Von dauerhaft sinkenden Grundwasserständen sind insbesondere Regionen betroffen, in denen eine (saisonal) geringe und ggf. durch die Klimakrise weiter zurückgehende Grundwasserneubildung mit einem steigenden Wasserbedarf und einem insgesamt vergleichsweise kleinen Grundwasservorkommen einhergeht.

Die Bundesregierung hat am 15. März 2023 die "Nationale Wasserstrategie" beschlossen. Sie bündelt erstmals wasserbezogene Maßnahmen in allen relevanten Sektoren: Landwirtschaft und Naturschutz, Verwaltung und Verkehr, Stadtentwicklung und Industrie. Erstmals sind alle Akteure mit an Bord: Bund, Länder und Kommunen, die



Wasserwirtschaft und alle wassernutzenden Wirtschaftsbereiche und Gruppen. Gemeinsam werden sie bei der Umsetzung der Strategie daran arbeiten, einen naturnahen Wasserhaushalt wiederherzustellen und die Wasserwirtschaft klimaresilient zu machen. Um für breite Unterstützung zu sorgen, hat das BMUV die Strategie innerhalb der Bundesregierung, aber auch mit Ländern und Verbänden, Fachleuten und Bürger abgestimmt.

- Auch in 30 Jahren und darüber hinaus gibt es überall und jederzeit hochwertiges und bezahlbares Trinkwasser.
- Gewässer und unser Grundwasser werden sauber.
- Der naturnahe Wasserhaushalt wird gestärkt und wiederhergestellt.
- Die Abwasserentsorgung wird nach dem Verursacherprinzip organisiert.
- Wasserversorgungs-Infrastruktur und Wassernutzung werden an die Folgen der Klimakrise angepasst.

Die Wasserstrategie ist auf den Zeitraum bis 2050 ausgelegt. Um ihre Ziele zu erreichen, setzt sie auf einen Mix aus Förderung, rechtlichen Regelungen, Wissensaufbau und Dialog. Für zehn strategische Themenfelder wird beschrieben, wie unser Umgang mit Wasser zukunftsfähig werden kann. Dazu kommt ein Aktionsprogramm mit 78 konkreten Maßnahmen, die schrittweise umgesetzt werden.

Der Petitionsausschuss hat die Eingabe dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz nach § 109 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zugeleitet. Dieser Ausschuss hat die Eingabe in seine Beratung zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/1498 "Klimaanpassung forcieren – zum Schutz von Menschenleben, der Natur und zum Erhalt des Wohlstands" einbezogen und in seiner Stellungnahme auf seine Beschlussempfehlung und dem Bericht auf Drucksache 20/7337 verwiesen.

Der Petitionsausschuss empfiehlt mit Blick auf die obigen Darlegungen, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen des Petenten teilweise entsprochen wird.